

Lukaschenko nennt den Grund für Stationierung von Oreschnik in Weißrussland

28 Okt. 2025 16:57 Uhr

Der weißrussische Präsident Lukaschenko hält die Stationierung der russischen Mittelstreckenrakete Oreschnik in der Republik nicht für einen aggressiven Schritt. Er betont, dass diese Sicherheitsmaßnahme ausschließlich die Reaktion auf die angespannte Lage sei.



Die Stationierung der russischen ballistischen Mittelstreckenrakete Oreschnik auf Weißrusslands Staatsgebiet sei eine Gegenmaßnahme und Reaktion auf die angespannte Lage in der Region. Dies erklärte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bei der 3. Minsker Internationalen Konferenz zur eurasischen Sicherheit, [berichtet](#) die Zeitung *RBC*. "Die Stationierung dieser Waffen in Weißrussland ist nichts anderes als eine Reaktion auf die Eskalation der Lage in der Region und die modernen Bedrohungen. Wir bedrohen niemanden und gewährleisten nur unsere Sicherheit. Darüber hinaus sind wir offen für einen konstruktiven Dialog und gegenseitige Schritte zur Entspannung", sagte Lukaschenko.

"Die europäischen Länder haben die Absicht bekundet, Mittelstreckenraketenkomplexe auf ihrem Territorium zu stationieren, und das sind sehr gefährliche Waffen, bei denen es auf jede Minute ankommt. Deshalb ist Oreschnik eine Gegenmaßnahme."

Ihm zufolge hätten weder Moskau noch Minsk trotz wiederholten Vorwürfen die Absicht, Polen, das Baltikum oder den Suwałki-Korridor unter ihre Kontrolle zu bringen. "Wir brauchen diese Eskalation nicht, wir brauchen weder Warschau noch sonst was", betonte der weißrussische Staatschef.

Der Politiker wies auch darauf hin, dass der Westen seine Verteidigungsausgaben erhöhe und fügte hinzu, dass "wir uns jeden Tag auf den Krieg vorbereiten, damit es keinen gibt." Er erinnerte an das im Jahr 2024 zwischen Russland und Weißrussland unterzeichnete Abkommen über Sicherheitsgarantien

im Rahmen des Unionsstaates, das auch den möglichen Einsatz von Atomwaffen vorsieht, jedoch ausschließlich zu Verteidigungszwecken.

Im Dezember 2024 hatte sich Lukaschenko an den russischen Staatschef Wladimir Putin mit der Bitte gewendet, moderne russische Waffensysteme, darunter auch Oreschnik, auf dem Territorium der Republik zu stationieren. Der weißrussische Präsident **hielt damals fest**, dass Minsk die Lage in Westeuropa, insbesondere in der Nähe der weißrussischen Grenzen zu Polen und Litauen, sehr beunruhige.

Er wies darauf hin, dass in unmittelbarer Nähe der Grenze Truppen aus Polen und Litauen stationiert seien und dass sich dort NATO-Streitkräfte aus anderen Staaten, darunter auch aus Deutschland, versammelten. "Das heißt, die Lage ist sehr angespannt. Polen gibt enorme Ressourcen für die Bewaffnung seiner Armee aus. Wenn sie, wie sie sagen, in Frieden mit uns leben wollen, warum geben sie dann Milliarden von Dollar für Waffen aus?", so Lukaschenko.

Im Sommer erklärte der weißrussische Staatschef, dass die Oreschnik bis Ende 2025 auf dem Territorium von Weißrussland stationiert werde. Vergangene Woche sprach er in Moskau über die Fortschritte bei der Stationierung der Oreschnik-Raketen. "Sie sind schon auf dem Weg. Alles ist in Ordnung", betonte der Politiker.

Lukaschenko macht dem Westen vier Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen

28 Okt. 2025 17:51 Uhr

Weißrussland will dem Westen "die Hand reichen", erklärt Präsident Alexander Lukaschenko. Um die Beziehungen zu verbessern, schlägt Lukaschenko eine Reihe beiderseitiger Maßnahmen in den Bereichen Sanktionen, Infrastruktur, Migration und KI vor.



Alexander Lukaschenko hat den westlichen Ländern seine Vision von einer Normalisierung der Beziehungen präsentiert. In einer Rede am Dienstag auf der III. Minsker Internationalen Konferenz für Eurasische Sicherheit lehnte der weißrussische Präsident die Verantwortung für die verschlechterten Beziehungen mit dem Westen ab, zeigte sich aber willig, "die Hand zu reichen". Und das sei nicht die Hand eines Bettlers, sondern die eines Partners mit Selbstwertgefühl.

Mit Blick auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Minsk und dem Westen unterbreitete Lukaschenko vier Vorschläge. Der Präsident forderte dazu auf, Sanktionen gegen die Lebensmittel- und Medikamentenbranche zu verbieten und die kritische internationale Infrastruktur zu schützen, darunter Gas- und Ölpipelines, Internetkabel und Atomkraftwerke. Außerdem müsse die Migrationskrise bewältigt werden. Dabei sollte sich der Westen selbst damit beschäftigen, was er in den Herkunftsländern angerichtet habe. Letztendlich könnte ganz Eurasien durch einen "Gürtel der digitalen Nachbarschaft" vereint werden, da ein "unkontrolliertes Rennen" die Künstliche Intelligenz in eine Waffe verwandeln werde.

Eine starke Europäische Union sollte in der entstehenden multipolaren Weltordnung eine wichtige Rolle spielen, meinte Lukaschenko. Ob dies möglich sein werde, sei allerdings ungewiss, da die EU derzeit offenbar eine Krise durchlebe. Anstatt aktuelle Probleme zu lösen, rechne Brüssel mit einem Krieg – und mit der Umstellung der Wirtschaft auf Kriegswirtschaft.

Im April hatte Lukaschenko erklärt, man sollte nicht auf die "Buße" der westlichen Länder, sondern auf ihre Taten vertrauen. Schon im August 2025 hatte sich der weißrussische Präsident bereit gezeigt, die Beziehungen mit den USA zu festigen. Anfang September hob Washington die Sanktionen gegen die Fluggesellschaft Belavia auf. Minsk ließ seinerseits eine Reihe von Gefängnisinsassen frei, darunter mehrere Ausländer und Oppositionelle.